

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Grüne Mieten wachsen

In der Abteilung Dawydowka des Sowchos „Put Iljitscha“, Rayon Fjodorowka, befährt man sich mit der Aufzucht von lettischen (Rigaer) Rindern und mit Milchproduktion. Um viel Milch zu produzieren, muß man Vieh guter Rassen haben und dieses ausreichend mit mannigfaltigem und wertvollem Futter versorgen. Von den hohen Leistungen der Kühe zeugen die Resultate sowohl des Vorjahres als auch der vergangenen Zeitspanne dieses Jahres. Im Vorjahr hatte man von jeder der 400 Kühe 3 270 Kilogramm Milch erhalten, in diesem Jahr konnte diese Kennziffer in acht Monaten erzielt werden.

Die Leistungen sind erfreulich, aber nicht darum geht es jetzt. In diesem Sommer sollten für den Winter 11 000 Tonnen Heu bevorratet werden. Der Grasstand war vortrefflich. Die Futterbeschaffer ernteten 13,6 Dezitonnen Heu je Hektar und schobernten 13 000 Tonnen davon. Ein extra gegründetes Pachtkollektiv bewältigte rechtzeitig seine Aufgaben. Ganze Arbeit leisteten bei der Heumahd die Mechanisatoren Peter Meier, Michael Fett, Raphael Greß beim Mähen und Raphael Berger beim Abtransport. Geschobert wurde das Heu meistherhaft von Heinrich Klassen.

Als wir in die Sowchosabteilung kamen, war die Mäiserteile und das Silieren von Mais in vollem Gange. Der Abteilungsleiter Johann Glaser zeigte uns nicht ohne Stolz die Felder. Der Mais stellte buchstäblich ein Dickicht von 2,5 bis 3 Meter hohen Stengeln dar.

„So steht der Mais auf allen 500 Hektar“, sagt Glaser. „Im Vorjahr ernteten wir 270 Dezi-

tonnen Grünmasse je Hektar. Es war genügend Silage für das gesellschaftseigene Vieh da, wir versorgten auch das Vieh in den individuellen Hauswirtschaften der Arbeiter der Sowchosabteilung, und es blieb noch ein halbjähriger Vorrat übrig.“

Die reiche Mäiserteile haben in diesem Jahr Raphael Greß, Viktor Kell und Heinrich Klassen gezogen. Sie bestellten die Planlagen, führten zwei Zwischenreihenbearbeitungen durch, nun ernten sie die Grünmasse. Sie hätten es aber nicht geschafft, das Erntegut mit eigenen Kräften zu den Mieten zu befördern. Deshalb nahmen sie gern die Hilfe der Traktorenisten aus der Getreideabteilung des Arbeitsveteranen Joseph Klassen entgegen. Auch der Schmied Michael Fleck wechselte für die Zeit der Ernte-

kampagne seinen Arbeitsplatz. Er steuert nun einen „Kirowez“-Radschlepper mit zwei Hängern und befördert 9 bis 10 Tonnen Silagemasse pro Fahrt vom Feld zum Lagerungsplatz.

Der Sowchos „Put Iljitscha“ mit seinen neun Abteilungen ist der größte im Rayon Fjodorowka. Seine Haupterzeugnisse sind selbstverständlich Getreide und Milch. Aber der Agrarbetrieb liefert außerdem auch eine große Menge Fleisch an den Staat, baut Kartoffeln, Möhren und Rüben an. Es ist selbstverständlich, daß er nicht ohne auswärtige Hilfe auskommen kann, weil gegenwärtig zugleich die Getreidekulturen und auch der Futtermalsernte geerntet werden müssen; dann kommen die Kartoffeln und die Wurzelfrüchte an die Reihe. Deshalb wurden hierher 60 Fahrer

mit ihren LKWs aus dem Kraftverkehrsbetrieb Kapschagal, Gebiet Alma-Ata, entsandt.

In der Abteilung Dawydowka sind drei KamAS im Einsatz. Ich traf alle drei Fahrer — Oleg Alexejew, Sergej Gridassow und Juri Kallimow — auf dem Maisfeld an. Die Silomähmäcker füllten gerade die Wagenkasten. Die Fahrer beförderten die Grünmasse zu den Mieten. Der Abteilungsleiter Johann Glaser lobte sie für das störungsfreie Arbeitsfließband, das sie auf ihrem Abschnitt absicherten.

Ich wollte wissen, wie man die Fahrer in der Sowchosabteilung untergebracht hat, und wie sie beköstigt werden.

„Alles in Ordnung“, antworteten sie kurz.

Es ist erfreulich, wenn die Menschen nicht klagen. Es gab aber auch Beanstandungen. Obriegen sind diese nicht an den Abteilungsleiter und auch nicht an die Sowchosleitung adressiert. Es geht um ein weiteres Defizit, das die männliche Bevölkerung überumpelte — um die Tabakwaren. Der Rayonkonsumgenossenschaftsverband verteilte die letzten Zigarettensätze nicht. Kästchenweise über die Sowchosa.

In Dawydowka beabsichtigt man, einen zweijährigen Vorrat an Geflütt anzulegen. Dazu kommt noch der Rest vom Vorjahr hinzu. Gäbe es im kommenden Jahr plötzlich eine Mißernte, würden sich die Viehzüchter nicht anderswo nach Futter umzusehen brauchen.

Konstantin ZEISER, Korrespondent der „Freundschaft“

Gebiet Kustanai
Unser Bild (v. l. n. r.): Die Maiszüchter Viktor Kell, Heinrich Klassen und der Schmied Michael Fleck, der bei der Mäiserteile mitmacht.

Foto: Kim Son Hun



Tausende Familien halten Einzug

In dem im Gebiet Koktschetaw entlegenen Sowchos „Tschapajewski“ haben der Kriegsveteran Serssenbin, der Schäfer Utepow, die Fahrer Nurgalijew und Rachimshanow Einzug in neuen Komfortwohnungen gehalten.

Die Landbauarbeiter wollen hier in diesem Jahr 20 Wohnhäuser mit Hofbauten ihrer Bestimmung übergeben. Somit wird in dem Agrarbetrieb das Programm

„Wohnungsbau '91“ vorfristig erfüllt.

Unter Inanspruchnahme sämtlicher Finanzquellen sind im Gebiet allein in drei Monaten rund 119 000 Quadratmeter Wohnraum errichtet worden. Somit haben über 1 000 Familien ihre Wohnverhältnisse verbessern können.

Theodor BERG
Gebiet Koktschetaw

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

900 000 Tonnen Kohle haben seit Jahresbeginn die Abschnitte der Grube „60 Jahre Oktoberrevolution“ in Karaganda gefördert, was die Planaufgabe fast um 80 000 Tonnen übertrifft.

Große Leistungen haben dabei die Brigaden um Alexander Schneider und Pawel Lichwa erzielt.

Die zweite Schafschur ist im Rayon Mojnukum, Gebiet Dshambul, in vollem Gange. Es sind schon 150 000 Schafe geschoren worden. Spitzenreiter sind dabei die Sowchosa „Amangeldy“, „Aidarilinski“, „Karabugtski“. Die Arbeitsprozesse laufen störungsfrei ab.

40 bis 60 Tonnen Getreide dreschen täglich die Kombineführer A. Deibus, A. Ratke, E. Sattelmeyer und S. Galizki aus dem Kolchos „40 Jahre des Oktober“ im Rayon Kellorowka, Gebiet Koktschetaw.

Brennpunkt: Ernte '90

Maiskolben gereift

Eine weitere Erntekampagne — das Einbringen der Maiskolben von Hybridsorten — hat auf den Bewässerungsfeldern Südostkasachstans begonnen. Dieser Tage trafen die ersten Partien Saatgut auf den Tennen ein, das für Futtermalsanbau in den Regionen des Landes mit kurzem Sommer bestimmt ist. Besonders reich ist in diesem Jahr die Ernte an Hybridmais in den heißen Gebirgstälern des Dsungari-

schen Alatau, wo sich der Hektarertrag auf 40 bis 45 Dezitonnen Körnermais beläuft. Dies ist das Ergebnis des Übergangs sämtlicher Maiszüchtergruppen zur Arbeit nach der Intensivtechnologie. Hier begann man billige biologische Methoden des Schutzes der Saaten vor Krankheiten und Pflanzenschädlingen anzuwenden. Die Berlesung des Ackers im Winter und Vorfrühlung gewährleistete das normale Wachstum der Saat in der

Zeit der Trockenwinde im Mai und begünstigte auch das Heranreifen vollgewichtiger Maiskolben. Den größten Erfolg zeitigte dieses Verfahren in der Agrarfirma „40 Jahre Oktober“. Die Plantagen der Agrarfirma nehmen über 10 000 Hektar ein; sie sind die größten in der Republik. Das eigene Forschungsinstitut für Maiszucht, geschaffen in der Zentralabteilung dieses Agrarbetriebs gemeinsam mit der Ostabteilung der Lenin-

Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften, hilft nun, die Leistung jedes Maiseschlages zu steigern.

Wie das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR mitteilte, beabsichtigen die Agrarbetriebe in den Oasen der dürrefähigsten Region, mindestens 110 000 Tonnen Hybridmais zu ernten. Das wird sowohl für die Deckung des Bedarfs der Kasachstaner Kolchosa und Sowchosa daran als auch für den Verkauf an andere Republiken des Landes ausreichen.

(KasTAG)



Jedes Körnchen einspeichern

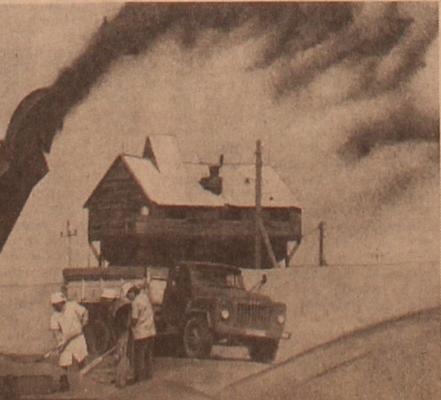
Nach anhaltenden Regen scheint über der Uralsker Steppe wiederum die Sonne. Die Feldbauer haben es eilig. Aus einer Reihe von Agrarbetrieben kommen schon Nachrichten vom Ernteschluß. Mit unter den ersten ist da der Kolchos „Oras Issajew“. Zweieinhalb Plansoll der Getreidelieferung an den Staat — das ist der heutige Beitrag des Kolchos. Gleichzeitig sind Saatgut und der Futtermittelvorrat angelegt und ist eine solide Naturalvergütung für Mechanisatoren gewährleistet worden.

treide rechtzeitig in die Kornkammern zu schütten... Während der Erntekampagne sind Hunderte Städte den Feldbauern zu Hilfe gekommen. Das sind unter anderen Studenten, Arbeiter und Kraftfahrer. Heute ist das Getreide das Allerwichtigste.

Unsere Bilder: Saldagul Seksenbajewa, Studentin an der Pädagogischen Hochschule Uralsk, ist als Waagemeisterin im Kolchos „Oras Issajew“ eingesetzt. Sie fertigt Serik Gumarow und seine Fahrerkollegen zum Getreidesilo ab.

Der Getreidestrom zum Silo.

Fotos: KasTAG



Erlaß

des Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Reformierung der politischen Organe der Streitkräfte der UdSSR, der KGB-Truppen der UdSSR, der Inneren Truppen des Ministeriums des Innern und der Eisenbahntruppen

Im Zusammenhang mit den vom dritten, außerordentlichen, Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR vorgenommenen Veränderungen an der UdSSR-Verfassung sowie der Linie auf Trennung der staatlichen und Parteifunktionen beschleüe ich:

1. Eine Umgestaltung der politischen Organe der Streitkräfte der UdSSR, der KGB-Truppen der UdSSR, der Inneren Truppen des Ministeriums des Innern der UdSSR und der Eisenbahntruppen vorzunehmen. Vorgesehen ist ihre Verwandlung in entsprechende militärpolitische Organe

der Staatspolitik auf dem Gebiet der Verteidigung und Sicherheit der UdSSR, der Erziehung und des sozialen Schutzes der Militärtangestellten.

2. Das Ministerium des Innern der UdSSR und die politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee und der Seekriegsflotte unter Mitwirkung des KGB der UdSSR und des Ministeriums des Innern der UdSSR haben innerhalb einer Dreimonatsfrist den

Präsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
M. GORBATSCHOW
Moskau, Kreml.

Entwurf der Bestimmungen über die militärpolitischen Organe vorzubereiten und ihn ordnungsgemäß zur Erörterung vorzulegen.

3. Die praktischen Maßnahmen zur Umgestaltung der politischen Organe sind im Kontext der durchzuführenden Militärreform unter Berücksichtigung der von den Truppen und der Seekriegsflotte zu lösenden Fragen zu verwirklichen.

3. September 1990

Den Hoffnungen des Volkes gerecht werden

Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei der RSFSR

Am 4. September 1990 begann um 10 Uhr vormittags in Moskau, im Kremlokonferenzsaal, die Arbeit der zweiten Etappe des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Der Parteitag wurde vom 1. Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der RSFSR I. K. Poloskow eröffnet. Die Delegierten nahmen die Mitteilung des Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission G. M. Chodyrew über die Änderungen in der Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten zur Kenntnis.

Nach einer anhaltenden Diskussion bestätigten die Delegierten die Geschäfts- sowie die Tagesordnung des Parteitags.

Über das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Nachwahlen des ZK der Kommunistischen Partei der RSFSR. Bestätigung der Bestimmung über die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Wahl des Vorsitzenden der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Wahl der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Bestätigung der Bestimmung über das Referendum in der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Die Vermittlungssitzung verlief unter dem Vorsitz des Sekretärs des ZK der KPdSU J. A. Manajenkow.

Den Bericht zur ersten Frage gab I. K. Poloskow.

„Die erstrangige Aufgabe der russischen Kommunisten besteht darin, in der Republik den Bürgerfrieden durchzusetzen und die politischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten.“ So formulerte I. K. Poloskow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP der RSFSR, in einer 60minütigen Rede vor den Delegierten der zweiten Etappe des Gründungsparteitages der russischen Kommunisten, der am Dienstag eröffnet wurde, das Hauptziel seiner Partei, I. K. Poloskow erklärte, daß die Kommunisten Rußlands „die Einschätzungen des XXVIII. Parteitages der KPdSU teilen“.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise im Lande, „die letztendlich die Perestroika an den Rand des Scheiterns bringt“, sieht I. K. Poloskow sowohl in den Schwierigkeiten der Übergangsperiode, als auch darin, daß die Menschen psychologisch nicht auf den Übergang des Landes zur Marktwirtschaft vorbereitet sind, und auch darin, daß „viel geredet, aber wenig getan wurde“. I. K. Poloskow sprach sich für die „wirtschaftliche Befreiung des Menschen und der wirtschaftliche Freiheit der Arbeitskollektive sowie für mannigfaltige Eigentumsformen im Rahmen der sozialistischen Wahl“ aus und räumte ein, „daß es zum Markt keine vernünftige Alternative“ gibt. Zugleich forderte er, den „sozialen Preis festzulegen, den die Menschen für eine solche Umwandlung bezahlen“. I. K. Poloskow

bezeichnete die vereinfachende Formel „entweder Sozialismus oder Markt“ einen „schweren Irrtum“.

Die Kommunistische Partei Rußlands unterstützt die Deklaration über die Souveränität der RSFSR, unterstrich der Redner:

I. K. Poloskow kritisierte jene politischen Kräfte, die „hinter allgemeinen Worten über die Unterstützung der Perestroika aggressive Tendenzen zur Negierung der sozialistischen Ideen“ offenbaren und zur „Restauration der kapitalistischen Ordnung“ in der UdSSR aufrufen. In diesem Zusammenhang forderte er die KP Rußlands auf, sich „entschieden von der ideologischen und organisatorischen Erosion, von mangelnder Zuversicht und Tatenlosigkeit zu befreien sowie die Flexierung auf innerparteiliche Probleme schneller zu übernehmen und die Anstrengungen auf konkrete Taten im Interesse der arbeitenden Menschen und der Wiederbelebungsrußlands zu konzentrieren“.

I. K. Poloskow ging auf die Notwendigkeit ein, die Beziehungen der Völker Rußlands in moderne staatsrechtliche Formen zu kleiden und sprach sich dafür aus, neben dem Unionsvertrag analoge Verträge im Rahmen der Russischen Föderation zu haben.

Er rief auf „Versuchen der Diskreditierung der Kommunistischen Partei und der sozialistischen Wahl insgesamt“, entgegenzutreten und sprach sich für die möglichst schnelle Schaffung eigener Massenmedien aus.

I. K. Poloskow unterstrich, daß die Gründung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation ein „gesetzmäßiges Ergebnis der tiefgründigen Veränderungen war, die sich im Bewußtsein der Parteibasis vollzogen und nicht ein Ergebnis von Direktiven von oben oder von „Kombinationen des Apparates“.

Zugleich seien, teilte I. K. Poloskow, auf die Situation in der Partei eingehend, mit, unter den Bedingungen des verschärften politischen Kampfes im Juli dieses Jahres 90 000 Arbeiter (die Parteiorganisation Rußlands verteilte etwa 60 Prozent aller Mitglieder der KPdSU — TASS-Anmerkung) aus der KPdSU ausgetreten.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Rußlands äußerte die Meinung, daß es unzweckmäßig die Meinung, jetzt die Frage der Ausarbeitung eines eigenen Programms und Statuts zu stellen. Er erklärte das mit der „ungehörlichen Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse in der Übergangsetappe“.

I. K. Poloskow schlug vor, sich von der Programmklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU und vom neuen Statut der KPdSU leiten zu lassen. Zugleich unterstrich er das Bestreben der neuen Partei, über Politik, Organisation, Kader, Verlagstätigkeit, Finanzwirtschaft und eine Reihe von anderen Fragen selbstständig zu entscheiden.

I. K. Poloskow sprach sich für die Zulassung verschiedener ideologischer Plattformen in der

Partei und für Möglichkeiten aus, ihre Positionen frei zu erläutern, darunter auch in den Massenmedien der Partei.

In den Debatten zum Bericht ergriffen das Wort: I. P. Wtoruschin — Fräser in der Werkzeugmaschinenfabrik der Forschungs- und Produktionsvereinigung „Drewnaschi“ von Tjumen; I. I. Nikulin — 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Nowgorod; T. A. Saplanaja — Schriftstellerin aus Tomsk; F. I. Suschkow — 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU Mitschurinsk, Gebiet Tambow; J. A. Prokofjew — Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU Moskau; W. A. Schirajew — Direktor des Kirov-Werks, Gebiet Tula; W. A. Kukarin — 1. Sekretär des Rayonkomitees der KPdSU Medwedowo, ASSR der Mari; I. M. Boltowski — Fahrer im Taxipark Nr. 4 der Moskauer Produktionsvereinigung „Mosawtolegtrans“; G. N. Fjodorowa — Vorsitzende des Kolchos „Krasnoje Snamja“, Gebiet Pskow; N. M. Schmytko — 1. Sekretär des Rayonkomitees der KPdSU Borowsk, Gebiet Kaluga; O. R. Lacs — 1. Stellvertreter der Chefredakteur der Zeitschrift „Kommunist“, Moskau; G. K. Rebrov — Dozent an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität; N. S. Stollarow — Oberlehrer an der Militärakademie der Luftstreitkräfte „J. A. Gagarin“; S. I. Wassiljewa — Lehrerin in der Mittelschule Nr. 27 von Tscheboksary, ASSR der Tschuwaschen.

In der Nachmittagsitzung präsidierte I. K. Poloskow.

In den Debatten ergriffen das Wort: W. N. Schumilow — 1. Sekretär des Lenin-Bezirkskomitees der KPdSU von Nowosibirsk; W. M. Prilukow — Chef der Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit der Stadt und des Gebiets Moskau; A. P. Loschkarjow — 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU Rusajewka, Mordwinische ASSR; W. A. Atschalow — Befehlshaber der Luftlandetruppen.

Ferner nahmen die Delegierten des Parteitages die Mitteilung der Redaktionskommission zum Entwurf der Bestimmung über die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR entgegen, die A. I. Selschnow machte.

Darauf nahmen die Debatten ihren Fortgang. Auf dem Parteitag ergriffen das Wort: A. A. Romaschow — Vorsitzender des Sowjets der Volksdeputierten von Krasnojarsk-26; A. J. Tschurin — Sekretär des Parteikomitees im Rohrwerk Sinarski von Kamensk-Uralski, Gebiet Swerdlowsk.

Im Abschnitt „Verschiedenes“ äußerten die Teilnehmer des Parteitages eine Reihe kritischer Bemerkungen und Vorschläge bezüglich der Massenmedien, einiger Ministerien und Behörden.

Zum Schluß der Sitzung bestätigten die Delegierten die Bestimmung über die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR.

(TASS)

Sowjetisch-japanische Verhandlungen

Die 1. Runde der Verhandlungen zwischen den Außenministern der UdSSR und Japans, E. A. Schewardnadse und Taro Nakayama, hat in Tokio begonnen.

Das Vormittagstreffen war ausschließlich aktuellen Fragen der internationalen Situation gewidmet. Besondere Beachtung wollen die Seiten der Erörterung der angespannten Situation widmen, die als Folge der bewaffneten Aggression Iraks gegen Kuwait am Persischen Golf entstanden ist. In diesem Zusammenhang sollen voraussichtlich Meinungen über das für den 9. September vorgesehene sowie

tisch-amerikanische Gipfeltreffen in Helsinki ausgetauscht werden.

Wie aus den diplomatischen Quellen verlautet, wurde bei den Verhandlungen auf Initiative der Erörterung der militärpolitischen Probleme des asiatisch-pazifischen Raums viel Zeit gewidmet. So wollen die Minister ihre Positionen zu den Problemen einer Regelung in Kambodscha unter Berücksichtigung der jüngsten Vereinbarungen darlegen, die zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates erzielt worden sind. Nicht weniger Aufmerksamkeit wollen die Seiten auch der Situa-

tion auf der koreanischen Halbinsel im Zusammenhang mit dem in Seoul begonnenen 1. Treffen der Regierungschefs der beiden koreanischen Staaten in der Nachkriegszeit schenken.

In der zweiten Tageshälfte beginnt die 2. Verhandlungsrunde zwischen E. A. Schewardnadse und Taro Nakayama, bei dem bilaterale Beziehungen behandelt werden sollen.

Darüber hinaus will der sowjetische Außenminister mit Vertretern der politischen Kreise Japans in Tokio zusammentreffen.

(TASS)

Freundschaft

DIE NACHBARN

Der Kriegs- und Arbeitsveteran Alexander Usmanow rief die Redaktion an und berichtete, daß in seinem Haus in der 8-März-Straße von Alma-Ata ein sehr guter Mensch mit Namen Philipp Popp wohnt. Alle Nachbarn achten ihn sehr. Sie wissen auch, daß das Leben ihn nicht verwöhnt hat.

„Die alten Männer habe ich am Haus angetroffen. Sie saßen auf einer Bank und unterhielten sich blaßblau.“

„Bedenken Sie es nur“, sprach Usmanow zu mir, „der Mann hat 57 Jahre Dienstzeit, seine Altersgenossen genießen gewisse Vergünstigungen, er aber nicht. Ich kenne ihn von der letzten Arbeitsstätte her. Philipp Pops Bild hing stets an der Ehrentafel. Er ist bescheiden, sogar schüchtern. Ich ging ins Stadtelementarkomitee und sagte: Es ist ungerecht, daß der Mann, der nahezu 60 Jahre zum Wohl unseres Staates gearbeitet hat, nun keinen Dank dafür bekommt.“

Unser Stadtelementarkomitee hatte gerade einen Beschluß über Vergünstigungen für die Arbeitsarmisten angenommen. Jetzt helfe ich Philipp beim Sammeln der nötigen Papiere. Möge er wenigstens noch auf seine alten Tage die staatlichen Vergünstigungen genießen. Mich ärgert folgendes. Ich bin Kriegsveteran und sehe, daß in den Sonderbedienstungsgeschäften nicht nur wir Frontsoldaten einkaufen. Philipp hat es aber verdient! Das weiß ich genau.“

„Erzählen Sie etwas über sich“, bat ich Popp. „Was gibt's da viel zu erzählen“, sagte er wehmütig lächelnd. „Hier, im Arbeitsbuch, steht ja alles geschrieben.“

Er holte aus der Tasche ein ziemlich mitgenommenes Büchlein hervor und reichte es mir. „Ich las „Dienstalter vor Einlieferung in das Besserungs-lager des Innenministeriums der UdSSR — 12 Jahre“.“

„Was hat das mit Lagern zu tun?“, fragte ich. „Haben Sie ein- sitzen müssen?“

„Nein, aber so hat man's eben eingetragenen... Lesen Sie nur weiter.“

„Seit Februar 1942 bis Dezember 1952 — als Traktorist im Bereich des Innenministeri-



ums im Gebiet Swerdlowsk tätig.“ Wiederum staunte ich: „Was heißt im Bereich des Innenministeriums?“

„Weiter nichts als Arbeitsarmee“, meint lächelnd Philipp Popp. „Wir fällten täglich bis 16 Stunden lang Holz.“

Weiter sind im Arbeitsbuch die Arbeitsstellen und Förderungsmaßnahmen — Ehrenurkunden und Auszeichnungen — angegeben.

„Wenn Sie für die Zeitung schreiben, so betonen Sie bitte, daß Philipp außerordentlich flei-

ßig und gewissenhaft ist. Kurzum, er hat ein würdiges Leben hinter sich...“, sagte Usmanow.

Den beiden alten Leuten zuhörend, überkam mich ein warmes Gefühl: Wie schön und menschlich ist es doch, wenn die Nächsten, Nachbarn und Freunde für einen uneigennützig und mit offenem Herzen sorgen! Denn so etwas kommt bei uns heutzutage nicht eben oft vor.

Alexander DORSCH, Foto: Jurj Weidmann, Korrespondent der „Freundschaft“

Pressezentrum der „Wiedergeburt“ informiert

Wissenschaftler beunruhigt

Große Hilfe und Unterstützung leistet der Bewegung der Sowjetdeutschen zur Wiederherstellung ihrer Autonomie das Zentrum für deutsche Geschichtsforschung beim Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Die darin gebildete Sektion für Probleme der Sowjetdeutschen arbeitet gemeinsam mit der Gesellschaft „Wiedergeburt“ an der wissenschaftlichen Begründung des Rechts der Sowjetdeutschen auf ihre Staatlichkeit und suchen nach Wegen ihrer Wiederherstellung. Einen großen Beitrag zu dieser Arbeit leistet A. O. Tschubarjan — Doktor der Geschichte, Professor und Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, J. S. Drabkin — Doktor der Geschichte, Professor und Vorsitzender des Zentrums für deutsche Geschichtsforschung, J. I. Drushinina — korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Vorsitzende der Sektion für Probleme der Sowjetdeutschen.

Anfang August fand die fällige Arbeitssitzung dieser Sektion statt. Zur Sitzung wurde Alexander Kitschichin, Mitarbeiter einer Verwaltung im Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, Verfasser der Artikel „Anatomie des Chauvinismus“ und „Operation „Assoziation““, die großes Aufsehen erregten, eingeladen. An der Arbeit der Sitzung beteiligte sich die Rechtsberaterin der Unionsgesellschaft „Wiedergeburt“ Swetlana Hilz.

Auf der Sitzung kam es zu einer eingehenden Aussprache über die Geschichte und Gegenwart der Sowjetdeutschen. Besorgnis wurde im Zusammenhang mit der Verzögerung der Lösung der Probleme der 2 Millionen star-

ken Sowjetvolkes und den Versuchen geäußert, es ins Labyrinth der Meinungsverschiedenheiten von der Art der „Kalinigrader Variante“, der „Assoziation“ usw. zu zerren. Eine besondere Beunruhigung rief die Mitteilung hervor, daß monatlich über 12 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität, die der Assimilation entgegen wollen, das Land verlassen.

Die Teilnehmer der Sitzung nahmen mit Genugtuung die Mitteilung über die Vorbereitung der Herausgabe eines Informationsbulletins entgegen. In dem systematisch die Materialien über die Probleme der Sowjetdeutschen verallgemeinert werden sollen. Es wird geplant, die erste Nummer schon bis Ende von 1990 herauszubringen. Außer dem Bulletin bereitet das Zentrum eine Broschüre zur Veröffentlichung vor, die Beiträge der führenden Fachleute der Sektion für Probleme der Sowjetdeutschen enthalten wird.

Wer braucht den „Beweis“?

Von den Vertretern der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ werden auf verschiedenen Ebenen ständig wissenschaftliche Begründungen und Beweise für den Wunsch der Sowjetdeutschen, ihre Staatlichkeit wiederherzustellen, gefordert. Um es gleich zu sagen: Das ist ja eine Absurdität, etwas beweisen zu müssen, was uns schon 1917 garantiert worden ist, d.h. das Selbstbestimmungsrecht einer Nation. Es ist auch empörend, daß man 1941 ein ganzes Volk mit Berufung auf misteriose „sichere Angaben“ beschuldigen konnte, für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit gegenüber diesem Volk sind jetzt aber partout wissenschaftliche Beweise nötig! Außerdem drängt sich die Frage auf: Wozu wurden dann Dutzende Gesetzgebungsakte ver-

abschiedet, darunter auch die jüngste Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Erklärung der Repressalien gegen die gewaltsam umgesiedelten Völker für ungesetzlich und verbrecherisch und über die Gewährleistung ihrer Rechte“? Was gibt's da noch zu beweisen? Zugleich ist die Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ bereit und in der Lage, eine beliebige wissenschaftliche Arbeit zu leisten, wenn diese nur von Nutzen wäre. Allerdings ist es heute nicht leicht, eine solche Arbeit durchzuführen, ohne schon fast 50 Jahre lang eine eigene Republik zu haben, also ohne entsprechende wissenschaftliche Forschungsinstitute. An den morgigen Tag denkend, muß man wohl schon jetzt die Lücken beim wissenschaftlichen Studium aller Lebensseiten unseres Volkes auszufüllen suchen. Das ist auch mit ein Element der Tätigkeit zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung der Deutschen in der UdSSR.

Im August dieses Jahres unternahm die Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ gemeinsam mit dem Staatlichen Komitee der UdSSR für Arbeit und soziale Fragen die erste wissenschaftliche Befragung der Sowjetdeutschen. Diese Arbeit wird vom Kandidaten der Geschichtswissenschaften Emil Pein angeleitet. Die Umfrage erfolgt nach der Methode, die vom Zentrum für unabhängige Expertise beim sowjetisch-amerikanischen Fonds „Kulturinitiative“ ausgearbeitet wurde. Der Fragebogen enthält über 40 Fragen, die darauf zielen, die Lebensbedingungen, den qualitativ- und quantitativ-Verhältnis zur Religion, ihre Einstellung zu den verschiedenen Varianten der Wiederherstellung der Autonomie und anderes mehr festzustellen.

Es sei betont, daß die Befra-

gung nicht alle zwei Millionen Sowjetdeutschen, sondern nur einen gewissen Teil von ihnen umfaßt, der kompakt in den Gebieten Wolgograd, Zelinograd, Taschkent, Nowosibirsk, Saporshje, Dnepropetrowsk, Saratow, Karaganda, Orenburg, Swerdlowsk, Frunse, Kustanai, Tschimkent, Alma-Ata und in der Altai-Region wohnt. Diese Forschung wird von der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ finanziert.

Die Ergebnisse der Befragung sollen in kurzer Zeit verallgemeinert und weiten Kreisen der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Man ist der Meinung, daß dies zur Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen beitragen wird.

Der Auswandererstrom wird breiter

Karaganda, Heinrich Arnhold, der Vorsitzende der Gebietsorganisation der Gesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ äußerte seine tiefe, Besorgnis über die Situation im Gebiet Da die Menschen alle Hoffnung auf die positive Lösung der Probleme der Deutschen in der UdSSR verloren haben, wandern sie in die BRD aus. Während das früher nur einzelne Menschen oder Familien taten, beantragen jetzt ganze Kollektive die Instanzen um die Ausreisegenehmigung. Einige Siedlungen existieren praktisch schon nicht mehr, dort bleiben nur einzelne Familien.

Ähnliche sorgenvolle Nachrichten kommen auch aus dem Altai, wo Mitglieder der besten Kolchosa der Region das Ausreisefieber erfaßt hat. Die allgemeine Meinung der Dorfleute ist, wie folgt: Sie sind bereit, die Kolchosfonds, die Felder, das Inventar dazulassen und eine komplette Anstellung in der BRD zu beantragen.

Josef ZIMMERMANN Moskau

Politische Schulung

Auf dem Komsomolkongreß einen Vortrag halten, in der Rolle des USA-Präsidenten agieren, raten, wer der größte Reformator Rußlands war, zweifache Helden der Sowjetunion aus Kasachstan nennen — diese Aufgaben mußten die Teilnehmer der Rayonolympiade des politischen Wissens unter den Ober- und Berufsschülern lösen, die in Wol-

darskoje durchgeführt wurde. Gute Kenntnisse zeigten die Schüler aus Syrymbet, Rudny, Zeliny, Airtau, Kamenny Brod, aus der Mittelschule Nr. 1 Wolodarskoje. Die Mannschaft der 11. Berufsschule aus Wolodarskoje wird als die beste anerkannt. Jewgeni KUCHTA Gebiet Koktschetaw



Züge rasen vorbei...

Diese namenlose Ausweichstelle im Gebiet Kysyl-Orda mit einem Dutzend baufälliger Häuschen, halb von Sand und Salz des dahinsiechenden Meeres verweht, liegt nur ein oder zwei Kilometer von dem heute in der ganzen Welt bekannten Aralsee entfernt. Bis zum Rayonzentrum — der Stadt Aralisk — sind es noch 10 oder 15 Kilometer. In dieser von Gott und Menschen vergessenen Zwischenstation hausen zu beiden Seiten eines hohen Dammes einige Familien. Nach kasachischer Tradition kinderreich, haben sie sich in ihr untröstliches Los schon dreingeschickt. Kinder kommen zur Welt, wachsen auf, heiraten, widmen sich der Eisenbahn, sterben, kommen wieder zur Welt... Es rasen Züge — der Stolz des Ministeriums für Verkehrswesen — vorbei an Elend, Hoffnungen und Schande. Sie halten hier laut Fahrplan nicht... Unsere Bilder: Die Familie Daribajew empfängt und verabschiedet die Züge nun schon über 20 Jahre. Vorbeiziehende Züge. Die Lebensquelle.



Fotos: TASS



Eine Schule für Manager

In diesem Jahr wurde am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften des Pawlodar Industrieinstituts die Abteilung „Ökonomie und Leitung des Maschinenbaus“ gegründet. Das ist die erste Abteilung solcher Art in Kasachstan. Schon jetzt bekam das Industrieinstitut aus mehreren Betrieben nicht nur des Gebiets Pawlodar, sondern auch der Nachbargebiete, Aufträge, für sie Fachleute auszubilden. „Künftige Manager studieren in Pawlodar Theorie und Praxis der Wirtschaftsleitung, wirtschaftliche und soziale Psycholo-

gie, Finanzwesen, Leitung der Planung und Investierung, Marketing“, sagte Professor W. Woronin, Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaften. Somit hat die Welle der neuen wirtschaftlichen Denkmaleise die Stadt am Irtysh erreicht. Auch in Pawlodar hat man begriffen, daß der Erfolg jedes Betriebs vollständig von der Persönlichkeit des Leiters, von seinem Professionalismus, seiner Kompetenz und seinen Fachkenntnissen abhängt. Theodor SCHANDER Pawlodar

Diese Publikation, die ein Jahrzehnt (1942 — 1952) umfaßt, zeigt nicht nur ein persönliches Menschenschicksal; es ist vielmehr der typische Leidensweg meines Volkes. Ich versuche hier das Milieu im System des NKWD, in Untersuchungs- und Gerichtsorganen, im Karlag, das in jenen unseligen Jahren wütete, zu zeigen. Es gibt kein Volk unserer multinationalen Heimat, das nicht durch die Kreise dieser Hölle gegangen wäre... Gewiß, das persönliche Durchlebte gibt keine erschöpfende Vorstellung von der verbrecherischen Tätigkeit der NKWD-Organen und von den Greueln, die sich in ihren Folterkammern vollzogen. Die Rede ist eben nur vom damaligen Weg eines einzelnen Häftlings mit der Karlagsnummer 365 717. Was hier beschrieben wird, ist unbestreitbar dokumentierte Wahrheit.

Aus bekannten Kreisen hört man häufig Stimmen „Es reicht schon, zu diesem Thema zu schreiben!“ Das sind ambitiöse Stimmen derjenigen, die es organisch gewohnt sind, über die Schicksale einer unteren Kaste zu entscheiden und sich von der Jahrzehnte lang geschwungenen Peitsche nicht verabschieden wollen. Die Zeit grundsätzlicher Auseinandersetzungen ist noch weit nicht zu Ende; umsoher, wenn ein ganzes, verstoßenes Volk das Wort ergreift. Denn sonst ist es ja auch undenkbar, für unsere Söhne, Enkel und Urenkel ein glückliches Morgen aufzubauen. Muß doch einmal im Leben jedem das Recht gegeben sein, die Wahrheit ohne Angst zu sagen! Was war, darf sich nie mehr wiederholen!

zentrum Balkaschino aufgeklärt, ich solle mich nur gut ankleiden. Ich verabschiedete mich von meiner Frau und den schlafenden Kindern. Jemeljantschenko — so hieß der Bevollmächtigte, gab mir einen Wink, worauf ich mich neben ihm in Schlitten einrichtete. Er trieb das Pferd an, und — Doroginka verschwand im stillen Schneefall. Das Pferd trottel langsam und leicht auf dem ihm gut bekannten Weg nach Balkaschino hin. Meine Frau Frieda blieb mit unseren beiden Kindern im Lehmhäuschen zurück, ohne Brot für mor-

gen, ohne Brand auf den Winter, von allen als Frau eines „Volksfeindes“ gehaßt. Wieviel kann so eine junge Frau durchmachen? 1937 war ihr Vater eingesteckt worden, er verscholl auf immer. Da starb unlängst ihre Mutter. Jetzt war ich arretiert... Wann wird es ein Ende nehmen?

In Balkaschino wurde ich in der Rayonabteilung des NKWD in eine Untersuchungszelle (KPS) gesteckt. Das war am 5. Dezember 1942, am sechsten Jahrestag der berühmten Stalinschen Verfassung! Die Untersuchungszelle war vollgepropt von Menschen, Wanzen, Läuse und Küchenschaben. Alle Häftlinge hatten Platz auf nur einer aus ungehobelten Brettern Pritsche. In einer Ecke stand ein Wasserbehälter, in der anderen, neben der Tür, die sogenannte „Parascha“ (der Kübel).

Es schien, als ginge das Leben langsamer... Schon ohnehin entwertet, verwandelte es sich in einen tierischen, doch weit nicht gleichen Kampf um die Erhaltung seiner armseligen Existenz. Jeder hoffte in der Tiefe seiner quälenden Überlegungen, daß mit ihm ein Fehler geschehen sei und die Gerechtigkeit noch alles klären würde. Das du brutal und rücksichtslos auf ein mächtiges immerfort laufendes Band geworfen warst, konnte ein Neuling dieser Anstalt noch nicht begreifen. Die „Universität“ dieser Unterwelt brachte aber einem dieses Wissen tüchtig bei. Mit der Zeit schwanden alle Zweifel. Langsam, aber sicher brachen ganze Weltanschauungen zusammen. Schade, daß sich bei mir der Erkenntnisprozeß auf Jahre hinauszog.

Meine Generation bekam eine besondere Erziehung: Beim Hungertod wie auch in den Jahren 1932 — 33 wurde Stalin keinerlei Schuld zugeadht. In meinen



Ich wurde 1918 an der Wolga geboren, dort, wo nach dem von Lenin unterzeichneten Dekret im selben Jahr die Autonomie der Wolgadeutschen entstand, die dann im August 1941 zertrümmert wurde. Damals war ich fest davon überzeugt, daß ich nie vor Gericht kommen kann. Das sollte mir meine Erziehung, sowie meine soziale Herkunft, auf die hinzuweisen damals Mode war, garantieren.

Mein Vater war gesellschaftlich stets aktiv, er hegte große Hoffnungen auf die Sowjetmacht. 1926 trat er der Partei bei, organisierte aus Armbauern eine Genossenschaft für gemeinsame Bodenbearbeitung, half aktiv bei der Kollektivierung mit, die in ihm später eine gewisse Enttäuschung hervorrief. Außer Armut, Krieg und Hunger sah er wenig: im Japanischen Krieg machte er in der Mandchurei drei Schlachten mit, im Ersten Weltkrieg war er an der Türkischen Front in Transkaukasien, 1921 starben seine neun Kinder vor Hunger und Krankheiten und zuletzt auch noch seine Frau, also meine Geschwister und meine Mutter... Am Leben blieben die älteste Schwester und ich, der jüngste 1931 — 33 machten wir noch ein schrecklicheres Hungerjahr durch. Er starb 1939 im festen Glauben, daß seinem Sohn ein besseres Los beschieden sei. Ich hatte damals schon das Marxstädter Pädagogische Technikum beendet (1936) und arbeitete das vierte Jahr als Lehrer in Unterwien.

Bald nach Kriegsbeginn, am 27. Juni 1941, absolvierte ich in Engels die historische Fakultät des Pädagogischen Instituts. Nach meiner Rückkehr begannen heiße Erntetage. An eine solche Ernte kann ich mich bis heute noch erinnern. Die Kantonabteilung Volksbildung hatte eine Brigade aus jungen Lehrern gebildet, mit der ich als ihr Leiter etwa 25 Kilometer weit aufs Feld fahren mußte. Ich lehrte sie Garben binden. Die Arbeit ging von früh bis spät.

Am 28. August brachte man uns die „Nachrichten“ mit dem Stalinschen Erlaß über die Aussiedlung aller Deutschen der Republik nach Sibirien und Kasachstan. Das Gepäck wurde schnell zurechtgemacht auf einem großen Lastkahn brachte man uns nach Saratow, von wo wir mit der Eisenbahn unter Bewachung nach dem Osten transportiert wurden. Alles ging in der Eile: an Anhaltstellen blieben wir nicht länger als fünf

Minuten, man konnte sich nicht immer das Wasser holen. Auf der gerade erst fertiggebauten Bahnstrecke Kartaly — Akmolinsk kamen wir nach Atbasar. Hier wurden alle zu je zwei bis drei Familien in die umliegenden Siedlungen verbracht. Meine Familie, bestehend aus vier Personen — Frau, Sohn, Schwiegermutter und ich — fuhr man nach Doroginka im Molotow-Rayon. Ringsum, soweit das Auge reichte, war nur Steppe mit hohem, im Winde wogendem Federgras. Im Vergleich zu unseren großen akkuraten Dörfern an der Wolga machte Doroginka auf mich den Eindruck eines vernachlässigten und verfallenen Leibeigenendörfchens. Irgendwo in Mitteleuropa aus der Zeit Iwans des Schrecklichen.

Diese Siedlung hatte alles in allem zwei Straßen mit Lehmhäusern oder aus Felssteinen gebaute Erdhütten, eine Vierklassenschule, eine Windmühle, doch keine Kirche. Die Ernte war im Gange. Alte Greise, Halbwüchsige und Frauen arbeiteten auf dem Felde. Man gab mir eine Lobogrejka, zwei paar Ochsen und zwei Kinder, um das Gespann der Reihe nach zu treiben. So mühten wir, bis die Schneestürme es unmöglich machten. Im Winter fuhren wir mit Ochsen Getreide nach Atbasar oder Koktschetaw — tagtäglich, bei Frost und Schneestürmen. Ich durfte da nicht klagen: Mit mir arbeiteten ja auch schlecht gekleidete Kinder von 12 bis 15 Jahren. Zudem sagte man, daß dieses Getreide für das umzingelte Leningrad bestimmt sei.

Indessen brachte es unsere Wirtin fertig, meine Familie Mitte des Winters in ein verlassenes Lehmhäuschen zu stecken, wo von den Wänden das Wasser lief und durch die Tür kalter Wind piffte. Meine Schwiegermutter war durch und durch erkältet und starb bald danach. Am 1. Mai 1942 kam meine Tochter zur

Welt. Ihre erste Wiege war ein Schnapskasten aus dem Laden. Erst im Frühling wurde das vorjährige Getreide gedroschen. Ober Winter hatten sich auf der Tenne schon Feldmäuse eingestellt. Sogar das Rindvieh unserer Kolchosbauern wurden damals zum Ackern „mobilsiert“. Das war sowohl für die Menschen als auch für die Tiere eine Höllenqual. Dazu säten wir mit der Hand Also, eine Wirtschaft wie im grauen Mittelalter!

Mit den ersten Frösten mußte ich wieder beim Transport arbeiten. Anfang Dezember kehrte ich mit meinen Ochsen aus Koktschetaw nach Doroginka zurück. Unterwegs kaufte ich bei einem Förster einige Balken Holz zu Brand. Das war meine letzte Fahrt. Frühmorgens, bei Tagesanbruch wurde das Tor unseres Hofes aufgerissen. Durch Fenster sah ich, wie meine Balken aufgeladen und fortgefahren wurden. Bald darauf kam ein von Kopf bis Fuß sorgfältig und warm gekleideter Bevollmächtigter des NKWD: neue Pelzmütze, frisch gegebter weißer Schafspelz, wollenes Halstuch, neue Filzstiefel. Ja, Kleider machen Leute! Beim ersten Anblick eines solchen Herrn verfällt ein armer Kolchosnik vor Angst ins Stottern.

Zusammen mit einem Milliardär ohne Sachverständige und Genehmigung des Staatsanwalts nahm er eine Hausdurchsuchung vor, durchwühlte alles und beschlagnahmte die sechs Bände „Kleines Meyers-Lexikon“, zwei auf dicken Zeichenpapier von mir gemalten Porträts meiner Frau und ihrer Schwester und den goldenen Trauring meiner verstorbenen Schwiegermutter: Klare Beweismittel „verbrecherischen konterrevolutionären Tätigkeit“. Auf meine Fragen, was das alles bedeute, wurde mir schroff erwidert, alles werde im Rayon-

(Fortsetzung folgt)



PANORAMA

Die neuen Länder nehmen Gestalt an

In gut fünf Wochen ist es soweit: Am 14. Oktober wird mit der Wahl der Landesparlamente der entscheidende Schritt zum Wiedererstehen der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen getan. Spätestens am 14. Tage nach den Wahlen muß der Landtag — ihm fällt zugleich die Aufgabe eine verfassunggebende Landesversammlung zu — zusammentreten. Bis zum 20. Tage danach hat er eine Landesregierung zu bilden. Doch wird man kaum diese Spielräume verstrecken lassen können. Denn Elbe tut not: Bereits am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Vereinigung, wird die Zentralregierung der DDR aufgehört haben zu existieren — die Bundesrepublik Deutschland — so legt es der Einigungsvertrag fest — bereits um fünf auf 16 Länder erweitert worden sein.

In den künftigen Ländern wird somit mit Hochdruck daran gearbeitet, dieses vorprogrammierte Interregnum mit entsprechenden Vorbereitungsarbeiten für die künftige Landesverwaltung auszufüllen. Den schon seit einiger Zeit in den alten Bezirken tätigen Regierungsbevollmächtigten stehen vielerorts bundesdeutsche Berater zur Seite, eine Reihe von Bundesländern hat regelrechte Patenschaften für die sich etablierenden Neuländer übernommen. Auch von „Flächendeckenden“ Städtepartnerschaften ist die Rede, um die Kommunen so schnell wie möglich selbstverwaltungsfähig zu machen. Einige Bundesländer beauftragte sehen sogar ihren Ehrgeiz darin, den neugewählten Ministerpräsidenten eine fertige Namensliste der künftigen Staatssekretäre und Abteilungsleiter vorlegen zu können. Auch die Gebäude, in denen die Behörden untergebracht werden sollen, stehen vielerorts schon fest.

„Eine Beamtenschar, annähernd so groß wie ein ordentliches Bonner Ministerium, ist von Kiel nach Rostock, von Stuttgart nach Dresden, von Düsseldorf nach Potsdam abgewandert“, hieß es jüngst in der Hamburger „Zeit“. „Schleswig-Holstein hilft gemeinsam mit Düsseldorf seit Januar in einem Regionalaussschuß Mecklenburg-Vorpommern. Dort haben sie sich auf eine Struktur der künftigen Landesregierung, auf neue Oberbehörden, ja auch auf eine eigene Verfassung verständigt. Der neue Regierungschef kann das, wenn er will, übernehmen und im Landtag vorlegen.“ Für die Struktur der künftigen Landesregierung gen stunden vorläufig die Paten Modell. Es würde also nicht wundern, wenn das künftige Sachsen bei einem CDU-Sieg „ein bißchen so aussähe wie das Musterländle Lothar Späths“.

Bei aller Vor- und Kleinarbeit wird aber am 14. Oktober der

Wähler das letzte Wort bei der Benennung des künftigen Landesministerpräsidenten haben. Die entsprechenden Kandidaten stehen nach einer Serie von Landesparteitagen zumindest bei den Christdemokraten und Sozialdemokraten fest.

In vier Fällen wird auch hier mit Westimporten gearbeitet. So hat die CDU in Sachsen als ihr Zugpferd den Bundestagsabgeordneten und früheren Bundesdeutschen CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf nominiert. Er wird gegen die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs antreten müssen, die die sächsischen Sozialdemokraten gerne als Landesfürstin sähen. Der Nächste im Westbunde ist der Nordrhein-Westfälische SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann, der in Thüringen antritt, gefolgt von dem Schleswig-Holsteinischen Justizminister Klaus Klingner, der in Mecklenburg-Vorpommern für die Sozialdemokraten als Ministerpräsident kandidiert.

Zugkräftige Kandidaten der Christ- wie Sozialdemokraten stammen aber auch aus dem einheimischen Stall. So hat die SPD Brandenburg den evangelischen Konsistorialpräsidenten Dr. Manfred Stolpe nominiert, der vielen DDR-Bürgern durch seinen früheren Einsatz für damalige Freiregime bekannt ist. Sein christdemokratischer Gegenkandidat in Brandenburg, Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel, einst Mitbegründer der DSU, wird von Stolpe selber als ein versierter und ernstzunehmender Konkurrent eingeschätzt. Auch der SPD-Spitzenkandidat für Sachsen-Anhalt, der Stellvertreter des Volkskammerpräsidenten Dr. Reinhard Höppner, ist schon wegen der Fernsehübertragungen aus dem Parlament im Volke kein Unbekannter.

Weniger in der Öffentlichkeit standen dagegen bisher die CDU-Kandidaten für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dr. Alfred Gomolke, Universitätsdozent in Greifswald, bezeichnete sich selber als einen Mann in der zweiten Reihe. Der Tierarzt Dr. Gerd Gies, CDU-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, begann erst in diesem Jahr seine professionelle politische Karriere. Willibald Böck, Sprecher der Landesgruppe Thüringen der CDU/DA-Volkskammerfraktion, schließlich gilt ebenfalls als ein neues Gesicht unter den Landesspitzenpolitikern. Im Wahlkampf können aber auch sie sich einer kräftigen bundesdeutschen Unterstützung sicher sein. An der Spitze der Prominenten, die sich zu Wahlveranstaltungen angekündigt haben, steht Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Sozialdemokraten wollen ihren Konkurrenten neben anderen Oskar Lafontaine entgegenstellen.



Der Frankfurter Flughafen ist bis an die Grenzen seiner Kapazität ausgelastet — wie die Luftaufnahme vor Augen führt. Im Ausbauprogramm für insgesamt 7,4 Milliarden DM nimmt das geplante neue Terminal Ost (oben rechts) einen wichtigen Platz ein. Foto: DaD/FAG

Luftkrenz Rhein/Main investiert in die Zukunft

Der Frankfurter Rhein-Main-Flughafen ist die größte internationale Drehscheibe auf dem europäischen Kontinent. Hundert Fluggesellschaften fliegen von hier mehr als 250 Ziele an. In diesem Jahr werden schätzungsweise 28 Millionen Passagiere und 1,2 Millionen Tonnen Luftfracht auf Rhein/Main abgefertigt. Damit ist Frankfurt/Main der drittgrößte Frachtflughafen der Welt.

Um den Anforderungen in der Zukunft bei weltweit steigendem Luftverkehr gewachsen zu sein, wird mit einem Aufwand von 1,2 Milliarden DM ein neues Terminal Ost gebaut. Kürzlich war Grundsteinlegung; die neue Empfangshalle soll bis Oktober 1994 fertig werden. Das Ausbauprogramm auf Rhein/Main beläuft sich auf insgesamt 7,4 Milliarden DM. Der Terminal wird mit einer

Magnetbahn und einer superschnellen Gepäck-Förderanlage verbunden. Frankfurt/Main ist so leistungsfähig, daß den Fluggästen eine Umsteigezeit von nur 45 Minuten garantiert werden kann. Die neue Flughalle soll eine Kapazität von jährlich zehn bis zwölf Millionen Passagieren haben. Sie wird in erster Linie für Großraum-Flugzeuge genutzt werden. (DaD)

Wiener Verhandlungen: Hoffnung und Besorgnis

Vor den Teilnehmern der soeben wieder aufgenommenen Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa steht eine komplizierte, eine überaus wichtige Aufgabe. Den Abschluß der Erarbeitung des Entwurfs eines ersten Vertrages bis zum KSZE-Gipfeltreffen im November in Paris zu gewährleisten.

In dieser Hinsicht ist die gestrige Plenarsitzung der Verhandlungsteilnehmer eher als ermutigend zu bewerten. Vertreter der militärpolitischen Blöcke haben neue Vorschläge unterbreitet, die, wie es scheint, helfen könnten, einige Hindernisse auf dem Weg zur Einigung zu beseitigen. Die NATO-Länder haben vorgeschlagen, eine Bestimmung in den künftigen Vertrag aufzunehmen, laut dem darauffolgende Verhandlungen stattfinden sollen, bei denen es in erster Linie um Reduzierungen der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten der Wiener Verhandlungen gehen würde. Der Nordatlantikblock gab außerdem bekannt, die gegenwärtige personelle Stärke seiner Streitkräfte nicht zu vergrößern und rief auch den Warschauer Vertrag dazu auf. Angesichts dieser Erklärung sowie der neuen Situation in Europa hat die UdSSR ihren bisherigen Vorschlag über die Herstellung einer kollektiven Höchstgrenze für den Personalbestand der Truppen von 700 000 bis 750 000 Mann für jede Staatengruppe in Mitteleuropa zurückgezogen. Solche gegenseitige Schritte könnten die Möglichkeit geben, die Lösung des Problems der Reduzierung der personellen Stärke in die nächste Etappe zu verlegen, was in der gegenwärtigen Etappe Zeit sparen würde.

Und dennoch gibt es immer noch bestimmte Gründe für Besorgnis. Die Entwicklung in Europa läuft bedauerlicherweise dem Tempo der

Wiener Verhandlungen voraus. Die militärpolitische Situation in Mitteleuropa wird sich mit der Vereinigung Deutschlands, mit seiner Einbeziehung in die NATO und mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dieser Region grundlegend verändern. Das bedeutet, daß die regionalen Unterlimits für die zu reduzierenden Truppen, die bei den Verhandlungen bisher behandelt wurden, objektiv überholt werden. Vergleicht man sie mit dem, was in Mitteleuropa in der Tat entstehen soll, so kommt dabei heraus, daß der Westen beispielsweise 8 000 Panzer behalten wird, während der Osten höchstens 4 000.

Angesichts der Veränderung der Situation hat die UdSSR den Vorschlag unterbreitet, die kollektiven Obergrenzen für die Rüstungen jeder der Staatengruppe in Mitteleuropa so herabzusetzen, daß sie den realen Rüstungspotentialen der zur Region gehörenden osteuropäischen Staaten entsprechen. Dabei kämen die Limits von 4 000 bis 4 500 Panzern, 6 000 gepanzerten Fahrzeugen und 3 500 Artilleriesystemen in Frage. Laut den neuen sowjetischen Vorschlägen könnten die Reduzierungen bis zu den genannten Limits mit dem Umfang und dem Zeitplan des sowjetischen Truppenabzugs aus der heutigen DDR synchronisiert werden.

In der entstehenden neuen Situation wird die Rolle der Regel der Hinlänglichkeit der laut dem Vertrag zu reduzierenden Mittel eines Landes zweifellos noch gewichtiger. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus den Prinzipien des politischen Realismus, denen die Berücksichtigung eines faktischen Kräfteverhältnisses zugrunde liegt.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator

Friedensgespräche verschoben

Die ursprünglich in Jakarta anberaumten UNO-Friedensgespräche über eine Beendigung des Bürgerkriegs in Kambodscha sind um einen Tag verschoben worden. Wie AFP unter Berufung auf diplomatische Kreise berichtet, bat der Vertreter der kambodschanischen Regierung, der Minister im Ministerpräsidentenamt Hor Nam Hong, wegen technischer Probleme um die Verschiebung. Ministerpräsident Hun Sen hatte seine Teilnahme von der Anwesenheit des Chefs der kambodschanischen Widerstandskolonne, Prinz Norodom Sihanouk, abhängig gemacht. Sollte Sihanouk entgegen den bisherigen Verlautbarungen in die indonesische Hauptstadt reisen, werde er ebenfalls dorthin aufbrechen, hatte er in einem Rundfunkbericht erklärt.

Die Bürgerkriegsparteien wollen über den in der Vorwoche von den fünf ständigen Mitglie-

dern des Un-Sicherheitsrates vorgelegten Friedensplan beraten. Danach soll bis zu freien Wahlen in Kambodscha von allen vier Parteien ein Oberster Nationalrat gebildet werden. Die UNO würde einen Waffenstillstand und die Entwaffnung aller Kampfverbände überwachen, bei der Vorbereitung der Wahlen helfen und sicherstellen, daß alle vietnamesischen Truppen das Land verlassen haben. Später sollte die UNO einige Schlüsselministerien für einen bestimmten Zeitraum übernehmen.

Alle drei Fraktionen der Widerstandskolonne — die von China unterstützten Roten Khmer, die Anhänger von Prinz Sihanouk und die Gruppe um den ehemaligen Regierungschef Son San — haben dem UN-Vorschlag bereits zugestimmt. Die pro-vietnamesische Regierung in Phnom Penh bezeichnete den Plan als Diskussionsgrundlage.

Als der neue israelische Außenminister David Levy Anfang August zu seinem ersten Besuch in Washington erwartet wurde, schien eine weitere Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den USA und Israel über die Lösung des Nahost-Problems unausweichlich. Immer unverhüllter hatte Außenminister Baker in den Wochen zuvor seinen Unmut über die halsstarrige Ablehnung seiner Dialog-Vorschläge durch das Kabinett Shami bekundet, so daß Beobachter in der USA-Hauptstadt schon zu der Ansicht gelangt waren, auch eine bislang als Tabu geltende Kürzung der amerikanischen Finanzhilfe für Israel sei nicht mehr auszuschließen. Dann kam jedoch der irakische Einmarsch in Kuwait dazwischen und das lang erwartete erste Treffen Baker-Levy wurde verschoben.

Wenn der israelische Außenminister nun im State Department verspricht, haben sich die Vorzeichen deutlich verändert. Sozusagen als Nebenprodukt der Krise am Persischen Golf ist die Spannung in den amerikanisch-israelischen Beziehungen deutlich abgeflaut oder zumindest in den Hintergrund getreten. Levy wird zwar nicht um die drängenden Fragen Bakers nach einer Klärung der israelischen Haltung zum Dialog mit den Palästinensern herumkommen, das Problem ist jedoch eindeutig überlagert vom gemeinsamen Interesse beider Länder, Saddam Hussein in die Schranken zu weisen.

Taktische Übungen

Auf die zunehmende Spannung im Raum des Persischen Golfs reagierend, aktiviert die Militärbehörde der USA ihre Maßnahmen zur Hebung der Kampfbereitschaft ihrer Truppen. So haben manche Truppenteile und Abteilungen der amerikanischen Armee mit Übungen begonnen, welche Kampfhandlungen unter den Bedingungen eines chemischen und biologischen Krieges imitieren.

Unser Bild: Amerikanische Soldaten auf dem Stützpunkt der USA-Luftstreitkräfte Stuart im Staat New York in Schutzkleidung bei einem fälligen Training. Foto: TASS

Die Krise im Persischen Golf kühlt Spannungen

Die USA haben sich bislang sehr befriedigt über die israelische Haltung während der Golf-Krise geäußert, was auch in einem Brief Präsident Bushs an Premier Shamir zum Ausdruck kam. Dieser sei, so Vertreter der Administration, in einem „ungewöhnlich warmen Ton“ abgefaßt, der noch vor einem Monat undenkbar gewesen wäre.

Insbesondere ist man in Washington davon angetan, daß Israel sich bislang weitgehend Zurückhaltung auferlegt hat und nicht durch überlaute Rhetorik und militärisches Muskelspiel das zerbrechliche Bündnis der USA mit einem Teil der arabischen Staaten gegen Saddam Hussein in Gefahr gebracht hat.

In Anerkennung dessen, aber vor allem auch zur Abschreckung Iraks und als Ausgleich für die verstärkte Lieferung von F-15-Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien gibt es offensichtlich bereits konkrete Pläne, Israel zusätzliche Militärhilfe zu gewähren. Nach dem der Generaldirektor im israelischen Verteidigungsministerium, David Ivry, in der vergangenen Woche in Washington eine konkrete Wunschliste vorgelegt hat, sickerten Informationen durch, daß die USA ihrem Hauptverbündeten im Nahen Osten neben der jährlich 1,8

Milliarden Dollar betragenden Militärhilfe einen Extra-Posten Waffen im Wert von einer Milliarde Dollar zukommen lassen wollen.

Den Israelis geht es dabei insbesondere um das Boden-Luft-Raketensystem „Patriot“, das sie nach Informationen der „Washington Post“ wegen der hohen Kosten jedoch nicht kaufen, sondern nur „mieten“ wollen. Wie aus Jerusalem bekannt wurde, erwägt das dortige Finanzministerium auch eine Bitte an die USA zum Erlaß der Schulden für Waffenkäufe. Gleiches ist derzeit für Ägypten im Gespräch und von Bush auch bereits befürwortet. Abzuwarten bleibt, ob Außenminister Levy einen derartigen Antrag bereits im Gepäck hat.

Auf jeden Fall wird der Gast in der USA-Hauptstadt ein für ihn günstigeres Umfeld als bei seinem ursprünglich geplanten Besuchstermin vorfinden, da die Besetzung Kuwets durch Irak objektiv die israelische Argumentation von der Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit arabischer Nachbarn gestützt hat und die palästinensische Führung durch ihre Parteinahme für Saddam Hussein auch bei wohlmeinenden Amerikanern viel Kredit eingebüßt hat.

Religionsunterricht wieder eingeführt

Kaum ein anderes Thema ist in den zu Ende gehenden polnischen Sommerferien so heiß diskutiert worden, wie der Beschluß zur sofortigen Wiedereinführung des Religionsunterrichtes. Das Bildungsministerium hatte auf Drängen der katholischen Kirche Anfang August bekanntgegeben, dieses Fach ab September an allen Schultypen sowie in den Vorschulen wieder zu lehren.

Der von Regierung und ökumenischem Rat gemeinsam gefaßte Beschluß führte in einem Land, in dem 80 Prozent der Bevölkerung religiös gebunden sind, sofort zu heftigen Diskussionen. Während der Primas der allmächtigen katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, die Einfüh-

rung des Fachs verteidigte, da Religion keine Privatsache sei, sondern Gemeinsamkeit fördere, fegte durch die Presse ein regelrechter Sturm von Meinungen empörter Eltern. Die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes wurde als rechtswridrig bezeichnet, da der im Vorjahr geschlossene Vertrag über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine solche Ausbildung ausschließlich in kirchlichen Räumen gestatte.

Der Sprecher für Bürgerrechte, Prof. Ewa Letowska, die erhebliche Zweifel an Art und Weise der Einführung des Fachs anmeldete, ging sogar vors Verfassungsgericht. Die Gemüter erre-

gen sich vor allem an einer möglichen Gefährdung der weltanschaulichen Toleranz an den Schulen. Nach Meinung vieler Kritiker könnten Nichtreligiöse oder einer anderen Konfession angehörende Minderheiten diskriminiert werden. So erließ das Bildungsministerium eine zweite Verordnung, die den Unterricht für nichtkatholische Gläubige regelt. Darin wird noch einmal ausdrücklich die alleinige Entscheidung der Eltern dafür betont, ob und an welchem Religionsunterricht ihre Kinder teilnehmen. Während der Gebete zu Beginn und am Ende jedes Unterrichtstages, ein gleichfalls ab September gültiges Zeremoniell, hätten die Lehrer die nichtgläubigen Kinder zu „Andacht und Stille“ anzuhalten.

Lediglich die Haltung der Schüler in dieser Frage wird kaum untersucht. Möglicherweise ist ihnen die Diskussion egal.

In wenigen Zeilen

ULAN-BATOR. Zum neuen Vorsitzenden des mongolischen Parlaments ist am Montag in Ulan-Bator Shambyn Gombodshad, Mitglied der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, gewählt worden. Die Abgeordneten des Großen Volkshural, die am selben Tag zur konstituierenden Sitzung des Parlaments nach den Wahlen Ende Juli zusammentraten, werden auch den ersten Präsidenten des Landes bestimmen. Das Parlament wird ferner den kleinen Hural bilden, der künftig permanent tagt und das gesetzgebende Organ ist. Auf der Tagesordnung steht ebenfalls die Bestätigung der Regierung.

DELHI. Wegen eines Triebwerksbrandes mußte eine Boeing 747 der indischen Fluggesellschaft Air-India am Montag in Delhi kurz nach dem Start notlanden, meldete DPA. Von den 292 Passagieren und 21 Besatzungsmitgliedern des „Jumbo“ sei niemand verletzt worden. Die Fluggesellschaft vermutet, daß ein Zusammenprall mit Vögeln während des Starts für den Brand verantwortlich war. Die Maschine hatte zu einem Linienflug über Singapur nach Sydney abgehoben.

BELGRAD. Die Weltbank wird Jugoslawien bis Ende dieses Jahres Kredite in einer Gesamthöhe von einer Milliarde Dollar gewähren. Darüber informierte Weltbankpräsident Barber Conable am Montag in Belgrad nach Abschluß seiner Gespräche mit dem jugoslawischen Finanzminister Branimir Zekan. Conable bekräftigte das Interesse seiner Institution, die in Jugoslawien eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen finanziell zu unterstützen und sprach sich für den weiteren Ausbau der Kontakte zwischen Jugoslawien und der Weltbank aus.

ler und Schwarzarbeiter zu lösen.

Der Ministerrat hat auch einen Einsatz des Bundesheeres zur Kontrolle der „grünen Grenze“ zwischen Ungarn zugestimmt. In den nächsten zwei Tagen werden insgesamt 1 500 Bundesheerleute ihren Dienst aufnehmen. Dieser Assistenzinsatz ist laut Vranitzky zunächst auf zehn Wochen befristet.

Streik beendet

Mit einem Großeinsatz und Massenverhaftungen hat die Polizei einen Lohnstreik von schwarzen Arbeitern bei der südafrikanischen Tochter des westdeutschen Autoproduzenten Mercedes-Benz beendet. Den etwa 400 Teilnehmern des als „wild“ bezeichneten Streiks, von denen 150 abgeführt wurden, droht die Entlassung, wie Unternehmenssprecherin Wendy Hoffman DPA zufolge bestätigte.

Die Streikenden hatten das Werksgelände in East London am Indischen Ozean 17 Tage lang besetzt und den 3 500-Mann-Betrieb lahmgelegt, obwohl ein Gericht den Ausstand unmittelbar nach Beginn für illegal erklärt hatte. Nach Angaben von Mercedes-Benz of South Africa führte der Produktionsausfall zu Verlusten von 160 Millionen Rand (knapp 100 Millionen Mark).

Die 260 Polizisten waren, wie DPA weiter berichtete, von Firmenchef Christoph Köppke angefordert worden. Die Streikenden hatten sich gegen die Metallarbeitergewerkschaft Numsa gestellt, die sich mit Mercedes einig hatte, Lohnverhandlungen über eine nationale Schiedsstelle der südafrikanischen Automobilindustrie zu führen. Die Streikenden verlangten demgegenüber direkte Verhandlungen mit Mercedes, da das Unternehmen nach ihrer Meinung höhere Löhne zahlen kann als die Konkurrenz.



DER TRICK MISLANG, DER KASKADEUR IST AM LEBEN.

So ließe sich kurz das Bild der Presseagentur Keystone kommentieren. Ein französischer Kaskadeur hatte versucht, eine aus Autos bestehende 11 Meter hohe Barriere zu überwinden. Foto: Keystone-TASS

Befristete Visumpflicht

Bundeskanzler Franz Vranitzky hat bekanntgegeben, daß Österreich die Visumpflicht für Polen wieder einführt. Es ist eine Dauer von sechs Monaten vorgesehen, teilte er nach einer Ministerratsitzung mit. Die diesbezügliche Regelung wird noch vom Außenministerium erlassen. Für Polen,

die auf der Durchreise sind und das Visum eines Folgestaates haben, entsteht keine Sichtvermerkplicht.

Insbesondere der Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, hatte nachdrücklich die Visumpflicht verlangt, weil es nicht gelang, das Problem der Schwarzhänd-



Ungewisses Schicksal

Weit über einer halben Million asiatischen Arbeitern, die bislang in Kuwait und Irak einer Beschäftigung nachgingen, droht durch die Golfkrise ein ungewisses Schicksal. Gleichzeitig verlieren ihre Regierungen Millionen Dollar, die bisher als Überweisungen der Gastarbeiter in die Länder flossen. Einige von ihnen sind im wahrsten Sinne des Wortes mit leeren Taschen in ihre Heimat zurückgekehrt, denn ihre verdienten und ersparten Dinar sind jetzt wertlos.

Zehntausende Asiaten warten noch auf eine Gelegenheit zur Heimreise aus der kriegsbedrohten Region. Allein in Jordanien befinden sich in provisorischen Lagern rund 60 000 Gastarbeiter. Andere sind auf der Suche nach einer Schiffs- oder Flugpassage in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten gestrandet. Einige asiatische Staa-

ten haben begonnen, Flugzeuge zur Evakuierung ihrer Landesbürger zu entsenden. Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino kündigte an, daß ihre Regierung Schiffe in den Golf schicken werde, um die Gastarbeiter heimzuführen.

Vor der irakischen Invasion waren in Kuwait und Irak mehr als 500 000 Gastarbeiter aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, Thailand, Indonesien und den Philippinen beschäftigt. Ihre Jobs waren Kraftfahrer, Bauhilfsarbeiter, Hotel- und Büroangestellte oder Hausmädchen. Am härtesten betroffen sind die Indier: Über 172 000 von ihnen arbeiteten in Kuwait und weitere 10 000 in Irak. Indische Joint Ventures und Industriebauprojekte in Kuwait hatten in den vergangenen zehn Jahren einen Wert von drei Milliarden Dollar, teilte ein Sprecher des Indischen Außenministeriums mit. Vor dem Überfall befanden sich in dem Scheichtum ferner 100 000 Gastarbeiter aus Sri Lanka, mindestens 90 000 aus Pakistan und 70 000 aus Bangladesch. Den meisten von ihnen droht nach der Heimkehr Arbeitslosigkeit, denn nur wenige haben einen Beruf erlernt.

Wie Korrespondenten der Nachrichtenagentur Reuter aus Ländern Asiens in einer Übersicht ermittelten, können die jährlichen Verluste aus der Heimkehr der Gastarbeiter die Eine-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten. Hauptsächlich auf örtlicher Ebene entstünden diesen Staaten dadurch beträchtliche Lücken.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialen der TASS und ADN vorbereitet.

Kinder-Freundschaft



Kinder lernen ihre Muttersprache

Die Abc-Schützen aus den Alma-Ataer Schulen Nrn. 18 und 68 bekamen neulich ein schönes Geschenk aus der DDR: Der Berliner Verlag „Volk und Wissen“ schickte für die Schüler der in diesem Jahr organisierten Klassen mit dem muttersprachlichen Deutschunterricht 20 deutsche Lehrbücher.

28 Kinder (Schule Nr. 18) und 22 (Schule Nr. 68) erlernen das Rechnen, Lesen und Schreiben in deutscher Sprache. Sogar der Sport-, Kunst-, und Werkunterricht ist in diesen Klassen deutschsprachig.

Ludmilla Gordjenko, eine begabte und immer freundliche Lehrerin (unser Bild), wird das ganze Schuljahr die Kleinen in die Welt des Wissens und der deutschen Muttersprache führen. Volkslieder, Märchen, Kindergedichte, Schwänke... Viel Erfolg und Spaß daran, Abc-Schützen!

Christian THOMAS
Alma-Ata
Fotos: Juri Weidmann



Unvergeßliche Tage

Bald werde ich 11 Jahre alt sein. Ich lebe in Kiew, wohin meine Familie vor kurzem aus Ungarn zurückgekehrt ist. Mein Vater war nach Ungarn zur Arbeit in einer Sportorganisation eingeladen worden. Dort besuchte ich mit anderen sowjetischen Kindern die Schule. Ich habe auch jetzt noch sehr viele ungarische Freunde.

Vor einer Woche waren wir, Vati und ich, in Alma-Ata in der Sporthöhe Tschimbulak. Es gefiel mir dort sehr gut. Solche hohen und herrlichen Berge sah ich zum ersten Mal in meinem Leben! Darauf liegt Schnee sogar im heißen Sommer. Ganze Tage verbrachten wir an der frischen Luft mit Sportlern und ihren Kindern. Hier hatten

sich Kasachen, Russen, Ukrainer und Deutsche. Wir spielten gern zusammen.

Bald werden wir in der Schule einen Aufsatz zum Thema „Meine Sommerferien“ schreiben.



In Tschimbulak lernte ich Emma Neufeld, ein deutsches Mädchen aus Alma-Ata, kennen. Einmal war ich bei Emma zu Gast und kostete deutsche Kuchen, die meine neue Freundin speziell für mich zubereitete. Sie schmeckten hervorragend!

ben. Ich habe meinen Schulkameraden viel zu erzählen. In den nächsten Sommerferien werde ich unbedingt wieder Alma-Ata und meine Freundin Emma besuchen.

Tanja SOLOMINA
Kiew

TRAUM

Worte: Nelly WACKER Musik: Helmut EISENBRAUN

Die-se Nacht, kaum er-wacht, hat-te ich fast
laut ge-lacht; wie in mei-ner
Kind-heit flog ich mit dem
Wind heut!

Flog im Traum hoch im Raum
ruhte aus auf Wolkenschaum...
Weiter ohne Zügel
ging's auf Windesflügeln.
Einen Halt gab's am Wald,
wo die Vogelhymne schallt,
einen Kranz zu winden
unter grünen Linden.
Doch der Wind raunt:
„Geschwind,

eh die Traumstund uns
entritt.
fliegen wir zu Sternen,
unbekannten, fernem!“
Wolkenflaum...
Sonnenschaum...
war das wirklich nur ein
Traum?
Soll ich beim Erwachen
weinen oder lachen?

Möchte mehr über die Sowjetdeutschen wissen

Ich bin 11 Jahre alt. Mein Vati ist Russe, meine Mutti Deutsche. Als ich die 2. und 3. Klasse besuchte, brachten uns die Lehrer bei, daß alle Deutschen Faschisten seien, daß sie den Sowjetmenschen nur Böses antun. Aber meine Mutti tut niemandem etwas Böses, sondern umgekehrt nur Gutes.

Früher wußte ich gar nichts über die Sowjetdeutschen in unserem Lande. Als ich im vergangenen Sommer bei meinen Großeltern in Kasachstan zu Gast war, erzählten mir Oma und Opa über das Leben der Sowjetdeutschen vor und nach dem Großen Vaterländischen Krieg. Meine Großeltern waren auch in der Arbeitsarmee. Mein Opa wurde nicht in die Rote Armee einberufen,



obwohl er es sehr wollte. Warum dürften die Sowjetdeutschen nicht an der Front ihre Heimat verteidigen und gegen die Hitlersoldaten kämpfen? Warum hatte man kein Vertrauen zu ihnen?

Ich möchte aus den Zeitungen „Freundschaft“ und „Neues Leben“ gern mehr über die Geschichte des sowjetdeutschen Volkes erfahren.

Einmal lasen wir, meine Tante und ich, in der „Wetschernjaja Moskwa“ über einen Flieger, der eine Deutsche geheiratet hatte. Als Russe wurde er dafür entlassen. Manchmal habe ich Angst, daß so etwas auch meinem Vati widerfahren könnte. Spielt wohl die Nationalität solch eine große Rolle in unserem Leben?

Natascha ROMANOWA

Moskau

Rosa PFLUG



Unser Feiertag fängt an mit der Fahrt im Dreigespann: ein schwarzes Pferd, ein weißes Pferd, ein braunes auch dazugehört.

Herrlich ist's dahinzujagen in dem weichen Federwagen! Mit Gejohle und Geschrei sausen wir am Klub vorbei, immer schneller, immer schneller, daß die Glöcklein lauter schellen und die Räder lustig rattern und die Mähnen lustig flattern!

Der Schimmel ist das Mittelpferd, dem stets die Hauptrolle gehört — er trabt daher mit tollem Schritt, die Seitenpferde machen mit.

Herrlich ist's dahinzujagen in dem weichen Federwagen mit dem Vogel — Dreigespann, das jeden Traum erfüllen kann.

Stellvertretender
Chefredakteur
Jakob GERNER

HÄSCHEN

(ein russisches Märchen)

„Wir leben ein einsames Leben mit der Häsin, da haben wir beschlossen, uns ein Waisenhäschchen zu nehmen. Wir wollen ihm Vater und Mutter sein.“

„Glück hat dieses Häschchen“, dachte der Rabe voll Neid. Er kannte zu gut die alten gutherzigen Hasen. Er war bereit, ihnen ein beliebiges Rabenkind abzugeben. Das Leben der Alten ist kurz. Wer weiß, vielleicht gibt's da noch etwas zu erben.“

„Ich verstehe nicht, Nachbar, wozu braucht ihr ein Häschchen?“ meinte der Rabe. „Es ist so häßlich, auf einem Auge blind. Nimm lieber mein Langschnäbelchen. Es ist klug, folgsam, freundlich wie die Sonne im Mai! Das ganze Leben lang werdet ihr mir dankbar sein.“

Doch der Hase war nicht zu überreden. „Danke für das Langschnäbelchen. Aber wir wollen ein Häschchen. Sag nur, bitte, wo es zu finden ist.“

„Ich weiß nicht“, sagte der Rabe kühl. „Es lebt irgendwo im Walde...“

„Wir werden es schon finden“, rief der Hase und lief freudig nach Hause.

Der Rabe war auf den alten Hasen böse. Er wollte sein Langschnäbelchen unbedingt den Alten geben.

„Ich zeige euch ein Häschchen!“ krächzte er mit seinem schwarzen Schnabel und flog zum Eichhörnchen.

„Denk dir nur! Die alten Hasen sind wie verrückt! Sie wollen das Waisenhäschchen zu sich nehmen. Dieses lahme, häßliche. Vielleicht kannst du sie überreden?“

„Ach, die Blinden! Ach, die Dummen!“ seufzte das Eichhörnchen. „Unbedingt werde ich sie überreden.“

Der Rabe flog weiter. Die Hasen aber machten sich auf den Weg zum Häschchen. Sie

legten die besten Kleider an, als wäre es ein Fest.

Wie zwei Sonnenstrahlen gingen die Hasen durch den Wald. Da erblickten sie das Eichhörnchen und fragten es:

„Sag uns bitte, Eichhörnchen, wo das Waisenhäschchen wohnt.“

Das Eichhörnchen sagte böse: „Nach wem fragt ihr? Was wollt

„Wollen wir hineingehen! Es ist immer besser, unter Dach zu sein“, meinte der Hase. Vor der Tür lag frisches Stroh. Darauf stellten die Hasen ihre staubigen Schuhe und traten ins Häschchen ein. Niemand war zu Hause. Am Fenster stand ein Tisch mit einem sauberen Tischtuch bedeckt, an der Wand ein Bettchen unter schneeweißer Decke.



ihr mit ihm anfangen? Ein Grobian ist es und dumm und häßlich. Niemand kann mit ihm auskommen.“ Das Eichhörnchen sprach vom Häschchen, als lebe es mit ihm unter einem Dach.

Von diesen Worten wurde es der Häsin schwarz vor den Augen. Sie zitterte am ganzen Leibe. Doch der Hase beruhigte sie.

„Ein Waisenkind ist wie ein abgeplücktes Blümchen. Es kann mit ihm alles geschehen. Wir werden es schon auf den richtigen Weg bringen. Nicht wahr, Mütterchen?“

Da beruhigte sich die Häsin, und sie gingen weiter. Sie gingen durch einen Wald, durch den zweiten und kamen in den dritten. Es war schon gegen Abend. Müde liebten sich die Alten auf einen Baumstamm nieder und wollten ausruhen, da erblickten sie plötzlich ein Häschchen.

Auf dem Fußboden lagen kleine Strohmatten.

Die Hasen setzten sich auf die Matten und schliefen wie tot ein. Am Morgen erwachten sie. Durch das Fenster schien die helle Sonne. Jemand hatte ihnen unter die Köpfe weiche Federkissen gelegt, die Beine mit einer Decke bedeckt. An der Tür standen ihre Schuhe und waren frisch gewischt.

„Das war ein fester Schlaf! Die guten Hauswirte sind wahrscheinlich schon fort“, sagte die Häsin. Da ertönte im Hof ein silberhelles Stimmchen. Jemand sang ein Liedchen. Das Stimmchen kam bis zur Tür und verstummte.

Jemand drückte auf die Türklinke. Die Hasen taten, als ob sie schliefen. Da öffnete sich die Tür, und herein kam ein kleines Häschchen. Es stellte ge-

Unsere Anschrift:

Kasachskaja SSSR,
480044, Alma-Ata
ul. M. Gorn'kogo, 50
4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredaktion — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени
типография Издательства
ЦК Компартии Казахстана
480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана
офсетным
способом
Объем
2 печатных листа
M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Заказ 11958.